Abendausgabe

Nr. 125 ✦ 42. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 62

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Sonnabend
14. März 1925

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9–5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Die Versammlungsschlacht in Halle.

Sieben Tote — Zahllose Schwerverletzte.

Der furchtbare Zusammenstoß, der gestern abend in einer kommunistischen Wählerversammlung in Halle dazu geführt hat, daß **sieben Menschen** ihr Leben lassen mußten und daß zahllose Besucher schwerverletzt wurden, muß die **größte Erregung** in der Oeffentlichkeit hervorrufen. Es wird schwer sein, eine **einwandfreie** Klärung der Schuldfrage herbeizuführen, denn als Beteiligte stehen sich Kommunisten und Polizei gegenüber, die **beide** kaum als objektive Zeugen in Betracht kommen. Wir geben deshalb zunächst die uns zugegangenen Berichte in der Reihenfolge ihres Einganges wieder, ohne damit sagen zu wollen, daß sie bereits erschöpfende Klarheit verbreiten.

Trotzdem glauben wir **jetzt schon** sagen zu müssen, daß diese Vorgänge **ungeheuerlich** sind und mit allen Mitteln dafür gesorgt werden muß, daß eine Wiederholung unmöglich ist. Aus welchem Grunde ein Verbot der ausländischen Redner von der Halleschen Polizei ausgesprochen wurde, ist uns nicht bekannt. Irgendein **Nutzen** geht von diesen Verboten niemals aus. Die Polizei täte gut, von solchen Verboten abzusehen. Unseres Wissens liegt auch **keinerlei** generelle Anweisung des preußischen Innenministeriums vor, kommunistischen Ausländern das Reden zu verbieten. Die Wirkung solcher Verbote kann immer nur die sein, daß für die angeblich „verfolgten Kommunisten" **ganz unnötige Reklame** gemacht wird. Wir wissen nicht, ob die Darstellung richtig ist, nach der die Polizei **zuerst** angegriffen worden sein soll. Zweifellos scheint aber zu sein, daß der wachthabende Polizeioffizier **nicht Herr seiner Nerven** gewesen ist. In eine überfüllte Versammlung wahllos hineinzuschießen, scheint uns als **eine so ungeheuerliche Ueberschreitung der Notwehr, daß eine entschiedene und sofortige Abschüttelung dieser Methoden durch die Aufsichtsbehörden das einzige Mittel ist, um wenigstens einen Teil des moralischen Schadens wieder gutzumachen, den dieser blutige Vorfall in Halle angerichtet hat.** In welchem Lichte würde Deutschland dastehen, wenn das Ausland den Eindruck gewinnen müßte, daß die Wahlbewegung für den Reichspräsidentenposten durch ein solches Blutbad eingeleitet wird. Der preußische Minister des Innern **Severing** wird sicher auch in diesem Falle dafür sorgen, daß der gute Name der preußischen Schutzpolizei nicht durch die Deckung dieses unerhörten Vorgehens geschädigt wird.

Die **Kommunisten** werden natürlich die gestrigen Vorgänge als bequemes Agitationsmittel benutzen. Sie sind die Letzten, die namentlich in Halle dazu das Recht haben. Wer so offen wie sie **ständig mit dem Revolver spielt**, wer ständig mit dem **Munde** und auch mit der **Tat** provoziert, kann sich nicht darüber beschweren, wenn aus solchen Provokationen sich blutige Konflikte ergeben. Mochte das Polizeiverbot zum Sprechen der ausländischen Redner ungerecht sein, seine **Befolgung** durch die kommunistische Parteileitung hätte ungeheures Unglück mit Leichtigkeit verhindert.

•

Halle, 14. März. (Eigener Drahtbericht.) Zu gestern abend 8 Uhr hatte die Kommunistische Partei eine **Wählerversammlung** nach dem Volkspark einberufen. Referent war der Reichspräsidentenkandidat **Thälmann**. Thälmann wurde am Abend von einem **größeren Aufgebot sogenannter Rote Frontkämpfer** vom Bahnhof abgeholt. Die Versammlung mußte in **zwei** Sälen stattfinden, die bald überfüllt waren und von der Polizei geschlossen wurden. Im großen Saal sprachen nach der Reichstagsabgeordneten **Hedwig Krüger** ein **Engländer** und ein **Franzose**. Die Polizei hatte am Vormittag vom Vertrauensmann der Kommunistischen Partei am Orte ein Schreiben unterzeichnen lassen, in dem mitgeteilt war, daß das **Auftreten der beiden kommunistischen Ausländer in der Versammlung untersagt** sei. Nichtsdestoweniger ließ man die beiden ausländischen Kommunisten **sprechen**, was dazu führte, daß der diensttuende Polizeioberleutnant die Versammlung nach einem großen Tumult schloß. Nun begann die Katastrophe ihren Lauf zu nehmen. **Auf die Polizei wurden aus der Versammlung zwei Schüsse abgegeben, die jedoch niemand verletzten, sondern rechts und links neben der Bühne in das Mauerwerk eindrangen. Nun begann eine allgemeine Schießerei. Aus der Versammlung erfolgte ein wahres Trommelfeuer mit Bierseideln, von den Galerien wurden Dutzende von Stühlen in den Saal hineingeworfen. Ein Beamter erhielt eine klaffende Kopfwunde, ein anderer mehrere Rippenbrüche, ein dritter einen Leistenbruch. Schußverletzungen sind den Beamten zugefügt worden. Der Oberleutnant, unter dessen Kommando am gleichen Abend mehrere Hundertschaften um den Volkspark konzentriert waren, ließ nunmehr in die inzwischen bereits flüchtig gewordene Menge schießen.** Die Massen suchten die Ausgänge des großen Saales. Der Druck nach draußen wurde so groß, daß die Treppengeländer glatt niederbrachen und die Flüchtlinge teilweise vier, fünf, ja zehn Meter tief kopfüber hinabstürzten. Die Zahl der Verletzten beträgt **mindestens 25**. Inzwischen ließ sich der in ein Schlachtfeld verwandelte Volkspark übersehen. Hunderte von Stühlen sind demoliert, vor den Ausgängen liegen Blutlachen von mehr als Quadratmeter Umfang. Die Stelle, wo Trommler vom Roten Frontkämpferbund gesessen hat, ist ebenfalls in eine **Blutlache verwandelt. Das verspritzte Gehirn liegt daneben. Drei Verletzte waren auf der Stelle tot, zwei sind auf dem Wege zum Diakonissinnenhaus gestorben, zwei nach der Einlieferung. Unter den Getöteten befinden sich auch zwei Frauen.** Die Gesamtzahl der Toten beträgt bis zur Stunde 7, die Zahl der Verwundeten läßt sich nicht feststellen, da mindestens ein Dutzend oder mehr durch Hilfeleistung von befreundeter Seite weggeführt worden ist, ohne daß irgendeine amtliche oder halbamtliche Nachricht darüber etwas sagt. Ueber den **diensttuenden Offizier** schreibt das „Volksblatt": **„Das persönliche Auftreten und die persönliche Schießerei Pietzkers bedürfe einer besonders gründlichen und gewissenhaften Untersuchung. Es geht nicht an, daß Leuten Gewalt über Hunderte von Gewehrläufen eingeräumt wird, Leuten, die nicht einmal für ihren eigenen Dienstrevolver eine ausreichende Garantie übernehmen können."** Hätte die Versammlungsleitung der KPD. die Massen über das ihr von der Polizei gewordene Verbot aufgeklärt, dann wäre für die Polizei kein Grund zum Einschreiten gegeben gewesen, und die Versammlung im oberen Saal wäre höchstwahrscheinlich ebenso ruhig verlaufen wie diejenige im unteren Saal, wo doch auch Polizei anwesend war. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die kommunistische Versammlungsleitung durch ihr Verhalten in verbrecherischer Weise nicht nur die Massen, sondern auch die Polizei aufgereizt hat und daß die beiden Teile infolgedessen mit Bewußtsein aufeinandergehetzt und damit zum mindesten den ersten Anstoß zu den blutigen Szenen gegeben haben. Die **Kommunisten** sind infolgedessen die letzten, die Ursache haben, ein großes Geschrei wegen der Katastrophe anzustimmen. Das am Freitagabend im Volkspark geflossene Blut kommt also zu einem erheblichen Teil auf die Häupter jener gewissenlosen Buben, die mit dem Leben ihrer Mitmenschen umgehen, als ob es auf der Straße läge. Die Kommunisten forderten auf, in den Betrieben zu demonstrieren.

Unsere **Halleschen** Genossen werden es nicht unterlassen, unter voller, nach beiden Seiten gehender Würdigung des Geschehenen **das verbrecherische Spiel der KPD. mit Menschenleben aufzudecken.** Der Regierungspräsident Genosse **Grützner** ist bereits heute morgen zur Untersuchung der Katastrophe in Halle eingetroffen. Der in Berlin weilende Hallesche Polizeipräsident **Runge** ist telegraphisch bereits in der Nacht zurückgerufen. Der dem Volkspark zugefügte Schaden beträgt mindestens 10 000 M.

Halle a. d. S., 14. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Zahl der Toten beziffert sich bisher auf **sieben**. Unter ihnen sind **zwei Frauen**. Das Verhalten des **Schupooberleutnant Pietzker, der schon mit der Waffe in der Hand in drohender Haltung auf den Tisch gesprungen sein soll**, erscheint nicht als einwandfrei. Pietzker ist derselbe bekundungseifrige Zeuge des Polizeimajors **Gärtner**, der vor kurzem im Prozeß gegen den Genossen **Schulz** vom „Volksblatt" auftrat.

Halle, 14. März. (Eigener Drahtbericht.) Das Ergebnis der amtlichen Ermittelungen steht zur Zeit noch aus. Die Ermittelungen gehen **überaus schleppend** vor sich. Es berührte befremdend, daß **keiner der anwesenden Zeitungsberichterstatter** zugelassen wurde, trotzdem diese dringlich auf die nunmehr eintretenden technischen Schwierigkeiten der dringend notwendigen Information der Oeffentlichkeit hinwiesen. In der Hauptsache drehte es sich bei der **Schuldfrage** darum, ob die Hauptlast derselben dem verantwortlichen Sekretär der Kommunistischen Partei namens **Hertel** zuzuschreiben ist, der den ausländischen Vertretern das **Sprechen** erlaubte, oder dem **diensttuenden Polizeioffizier, einem Oberleutnant Pietzker**, der die Versammlung auflöste, als die Uebersetzung der Rede eines Ausländers, der bereits gesprochen hatte, erfolgte. **Nach dem übereinstimmenden Urteil der Vertreter, auch der Rechtspresse,** scheine man nicht ohne **Uebereilung (!)** vorgegangen zu sein, als man das **Polizeidetachement im Saal** einsetzte. **Den ersten Schuß gab Oberleutnant Pietzker ab, als von der Tribüne gegen ihn ein Bierglas geschleudert wurde. Das gab das Signal zum energischen Vorgehen des Polizeidetachements, das in geschlossener Linie von der Stirnseite des Saales die Masse gegen den Ausgang drängte.** Der Raum reichte dort nicht aus, so daß unter dem **furchtbaren Druck** der Masse das Treppengeländer beiseite gequetscht, Tische und Stühle wie Streichhölzer zerbrochen wurden. Die Schüsse der Polizei erhöhten die Panik, so daß neben den Toten und durch Schüsse Verletzten eine Anzahl **Knochenbrüche** im furchtbaren Gedränge bei der Treppe herbeigeführt wurden. **Das schmiedeeiserne Treppengeländer ist wie ein einfacher Blechstreifen durch den Druck verbogen und abgerissen worden.** Der Volksparksaal bietet den Anblick einer **wüsten Trümmerstätte.** Haufen zertrümmerter Tische und Stühle sperren den Weg, große Blutlachen bedecken an mehreren Stellen den Fußboden. Die Schußeinschläge haben den Putz herabgesplittert. Die Aufräumungsarbeiten wurden sofort nach Besichtigung durch die Kommission zugelassen. Der erste Staatsanwalt Dr. **Mosler** in Begleitung des Staatsanwaltschaftsrats **Heuser** leitet persönlich die Untersuchung. Auch der Regierungspräsident von Merseburg **Grützner** ist mit seinem Stab an der Unglücksstelle eingetroffen. Die Ermittelungen dauern an.

Die schwarzweißrote Braunschweiger Regierung hat ihren Haushaltsetat vorgelegt. 4,8 **Millionen Fehlbetrag**. Die Regierung betont, daß die Finanzen zu ernsten Sorgen Anlaß geben, plant aber trotzdem, die **Landwirtschaft** von der Gewerbesteuer zu befreien. Der deutschnationale Finanzminister ist **Rittergutsbesitzer**. Was er den Agrariern schenkt, soll an den **Volksschulen gespart** werden.

Präsidentenwahl und Beamte.

Von **Albert Falkenberg**.

Für die deutschen Beamten ist die Wahl des Reichspräsidenten in besonderem Maße Schicksalsfrage. Jeder einzelne Beamte hat ein zweifaches Interesse an der Staatsform seines Landes, als Staatsbürger und als Diener der Gesamtheit, als den ihn Artikel 130 der Reichsverfassung ausdrücklich kennzeichnet. Die rückliegenden Jahre haben den einwandfreien Beweis erbracht, daß es ein Teil des grundsätzlich gegen die Republik eingestellten Beamtentums verstanden hat, in der Republik gegen die Republik zu „regieren". Diese Beamten waren Rebellen gegen das System; nicht Diener der Gesamtheit, sondern Beauftragte einer dünnen Herrenschicht, der zuzählen zu dürfen sie seit jeher als gesellschaftliches Plus zu werten gewohnt sind. Organe in diesem Sinne werden sie bleiben, solange nicht ihre „Herren" die Garantie für jede Ausnützungsmöglichkeit des republikanischen Systems zu egoistischen Zwecken besitzen.

Alle übrigen Beamten haben das größte Interesse daran, daß der seit Jahren von der Herrenschicht und ihren Trabanten so heiß ersehnte Zustand niemals Wirklichkeit wird, und daß dort, wo bereits Ansätze vorhanden sind, sie abgebaut werden. Um ganz klar zu sehen, müssen gerade auch die Beamten immer wieder nach einer Antwort auf die Frage suchen, was die Republik gewinnt, wenn ein Kandidat der politischen Rechtsparteien bei der Reichspräsidentenwahl siegen sollte.

Wenn ein Kandidat der Rechten Reichspräsident wird, muß auch er den Eid auf die republikanische Verfassung leisten. Wie so mancher schon, wird auch er sich auf den „Boden der gegebenen Tatsachen" stellen und „republikanisch" regieren. Bayerns Ministerpräsident hat ein würdiges Beispiel für derlei Möglichkeiten geschaffen. 1924 legte er im bayerischen Landtag folgendes Bekenntnis ab: „Ich bekenne mich . . . auch als Monarchist, und ich behaupte, daß für das deutsche Volk die Monarchie die bessere Staatsform ist als die Republik." Dieses Bekenntnis hindert ihn nicht im geringsten, im Freistaat Bayern parlamentarische Führertätigkeit auszuüben. Er weiß, daß es nicht auf ihn allein ankommt, sondern mehr noch auf die Regierungsorgane seines Landes. Und ihrer Einstellung in seinem Sinne darf er sicher sein.

Wenn schon das Reich sich daran gewöhnt hat, Bayern als Vorort für die Wiederaufrichtung der Monarchie zu betrachten, dann bleibt die desto intensivere Durchtränkung des übrigen Reichsgebiets mit republikanischem Geist zwingende Forderung. Was aber soll von einem Reichspräsidenten Gutes kommen, der im Herzen „bayerisch" fühlt, mit dem Verstand „bayerisch" reagiert und im übrigen das Steuer der Republik zu lenken verpflichtet ist. Er wird führend sein in der Republik, wie er sie auffaßt: eine Republik reaktionärer Tendenz mit vorsichtig aufsteigendem plutokratischen Einschlag, das heißt Fortführung des gegen den Willen aller ernsthaften Republikaner erzwungenen herrschenden Systems.

Was dieses System ausgerechnet für die Beamten bedeutet, erhellen blitzartig die Etappenstationen der von der Reichsregierung getriebenen Beamtenpolitik: Denkschrift des Reichsfinanzministeriums über die Entwicklung der Beamtenbesoldung — Verlängerung der Dauer des Besoldungsgesetzes — Aufrechterhaltung der Personalabbauverordnung. Noch immer werden diese Blinkfeuer für den Kurs reaktionärer Verwaltungskunst in den Reihen der Beamten viel zu stark als beamtenpolitische Regierungsmanöver gewertet. In Wirklichkeit ist die gesamte zurzeit von der Regierung getriebene Beamtenpolitik gar nichts anderes als die folgerichtige Auswirkung einer unter dem Diktat der Wirtschaft sich vollziehenden arbeitnehmerfeindlichen Regierungspolitik. Der im Brennpunkt des politischen Interesses stehende Konflikt der Eisenbahner mit der Reichsbahnverwaltung ist der wirkungsvollste Anschauungsunterricht für die Uebertragung der privatkapitalistischen Methoden auf den amtlichen Apparat. Was nicht durch Ausschaltung der Arbeitnehmerparteien aus der Regierung auf politischem Wege erreicht werden kann, muß über die Wirtschaftspolitik gewonnen werden: die Massen der Arbeitnehmer sollen politisch entrechtet werden, damit die Steigerung der Profitrate des Privatkapitals sich um so reibungsloser vollziehen kann. Die Arbeitnehmer im ganzen werden von einer sozial gerechten Anteilnahme an den Erträgnissen des Produktionsprozesses ausgeschaltet und auch der Beamte soll nur soweit in den Genuß des Entgelts für seine Arbeitsleistung gelangen, als dies von den kapitalistischen Drahtziehern unter Wahrung ihres Strebens nach Steigerung der Profitrate für angängig gehalten wird.

Wenn es anders wäre, hätte das Arbeitgebertum weder ein Interesse an dem Abbau des Achtstundentages, noch einer Verwässerung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes oder gar an einer Annullierung der gesamten Sozialpolitik. Und die Beamten wären längst in den Besitz eines Beamtengesetzes gelangt, dessen Bestimmungen dem Willen der Schöpfer der Reichsverfassung entsprechen würden. Häufig genug begegnet man in diesen Tagen in Beamtenkreisen der Fragestellung: ja, warum hat denn der verstorbene Reichspräsident den Vormarsch der Reaktion nicht hindern können? Weil er nicht die Republik war. Die Republik sind wir, wir alle, wir lebendigen Menschen. Wenn wir nicht wollen, ist die Republik nicht umzubringen. Sollte darum nicht die Fragestellung vielmehr lauten: wie stünde es um die Deutsche Republik, wenn der eben heimgegangene Reichspräsident nicht die Führung gehabt hätte? Wenn an seiner Stelle — nicht **auszudenken! — Ludendorff oder Tirpitz gestanden hätte!** Wie

wäre wohl unter ihrer Führung — nur ein Beispiel — der Kapp-Putsch geendet?!

Auch die Beamten wissen, was die Wahl des Reichspräsidenten im Grunde bedeutet, daß ihr Ausgang die Entscheidung über die Frage Monarchie oder Republik? mindestens näherrückt. Und diese Entscheidung enthält mehr Schicksal für die Beamten, als manch einer unter ihnen wahr haben möchte. Viele denken an den Glanz — und wenn es nur sein Widerschein war —, den die Monarchie ihnen spendete, um den einzelnen sein fadenscheiniges Dasein vergessen zu machen. Es bedurfte erst der Auslöschung jenes Glanzes durch die Revolution, um die ganze Brutalität des auch die Beamten in ihrer Daseinsführung hemmenden Wirtschaftssystems bloßzulegen. Nun aber erst einmal mit dem Erkennen der Wirklichkeit der Aufrüttelungsprozeß eingesetzt hat, kann es nur noch fortschreitende Entwicklung geben.

Muß der Präsidentschaftskandidat Sozialist sein? Die Republik ist — nach Friedrich Engels — eine Etappe auf dem Wege zum Sozialismus. Diese Auffassung teilt der Hauptschöpfer der Reichsverfassung, der Demokrat Professor Dr. Hugo Preuß, wenn er im Vorwort zu der von der Reichszentrale für Heimatdienst herausgegebenen Textausgabe der Verfassung ausführt: „Die Verfassung dekretiert nicht die sozialistische Wirtschaftsordnung, aber sie ermöglicht eine allmählich fortschreitende Sozialisierung in friedlicher Rechtsentwicklung und festigt vor allem das notwendige Fundament jeder gesunden sozialen Entwicklung: den demokratischen Rechtsstaat." Republik und Sozialismus sind also nicht Gegensätze, die einander ausschließen, sondern sie bedingen einander. Weil der erste Reichspräsident die Deutsche Republik über alles stellt, hatte er nicht nötig, sich auf sein Parteibekenntnis zu stützen. Wer für die Republik ist, baut mit am Sozialismus. Sozialismus aber bedeutet Demokratie, Recht und Frieden. Kann es darum für den denkenden Beamten eine andere Parole für die Reichspräsidentenwahl geben als die von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verkündete, ihrem Kandidaten, dem ehemaligen preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun am 29. März 1925 die Stimme zu geben? Beamte, prüft selber und dann entscheidet.

Der Besenblock.

In die Ecke, Besen, Besen . . .!

Der Rechtsblock beginnt seine Wahlarbeit mit einer Fälschung. Er nennt sich wahrheitswidrig Reichsblock, um den Wählern die Augen zu trüben. In Wirklichkeit sollte er sich den Besenblock nennen, denn nach der Art, wie er seinen Kandidaten Jarres behandelt hat, dürfte das die einzig zutreffende Bezeichnung sein. Man sagt, daß neue Besen gut kehren. Aber Herrn Jarres hat man erst als Kandidaten ausersehen und in der Oeffentlichkeit genannt, dann hat man ihn aber, um Demokraten und Zentrum einzufangen, sang- und klanglos in die Ecke gestellt, und tagelang über die Kandidatur Geßler verhandelt. Erst nachdem daran erinnert wurde, daß Geßler doch für Schwarzrotgold sich ausgesprochen, bekamen die Schwarzweißroten plötzlich Gewissensbisse, brüskierten Zentrum und Demokraten und holten dann die alte Kehrmaschine wieder aus der Ecke hervor. . . .

Jetzt soll das Orchester, das gestern noch auf Geßler eingestimmt war, auf Kommando wieder Jarres blasen. Das geht natürlich nicht ohne einige Mißtöne ab. Um so mehr, als jetzt doch nachgewiesen werden muß, daß Geßler, der Mann von gestern, ein durchaus ungeeigneter Bewerber war, und daß man ihn in die Ecke kommandieren mußte. So befahls Stresemann, der kein Zauberlehrling mehr ist, sondern als Meister auf diesem Gebiete auftritt.

Also aus allen Posaunen der schwerindustriell und agrarisch beeinflußten Presse wird jetzt das hohe Lied des wieder hervorgeholten Jarres geblasen. Aus der „Nationalliberalen Korrespondenz" kann man erfahren: „Jarres ist ein Mann, ein ganzer Mann, ein deutscher Mann!" Wundervoll! Für ein nationalliberal-volksparteiliches Gemüt ist es das höchste alles Vorstellbaren, wenn jemand ein Mann ist! Freilich weiß man zum Beweise solcher Mannbarkeit nicht anderes anzuführen, als Oberbürgermeistergeschichten aus Duisburg, die ja an sich sehr interessant sind, aber nichts beweisen, als daß der wieder aus der Ecke Geholte in Duisburg an seinem Platze sein mag, aber nicht im mindesten das Maß für das politische Amt des Reichspräsidenten besitzt. Von seiner „Versackungspolitik" wird im Wahlkampf noch mehr zu reden sein, als dem „Reichsbock" angenehm ist. Denn Jarres war der Mann, der bereit war, den Block des Reiches durch Abstoßung der Rheinlande noch weiter zu verkleinern!

Jarres aber ist auch der Mann, der das Vorgehen der Reichswehr und des Reichskommissars gegen Thüringen veranlaßt und dort mehr Reichsgesinnung zerschlagen hat, als die Sozialdemokratie in Jahrzehnten aufbauen konnte. Er ist der Repräsentant der Reichsfeinde, die sich unter den Schutz des Geldschranks von Schwerindustrie und Agrarertum geflüchtet haben!

In der „Deutschen Zeitung" wird zu allem Ueberfluß dem Dr. Jarres bestätigt, daß er „nicht aus dem Holze geschnitzt" sei, „aus dem wir uns den Mann an der Spitze des Reichs geformt denken".

Mittlerweile ist zwischen den Blättern der Parteien, die um die Kandidatur Geßler verhandelt haben, ein reizender Krieg ausgebrochen. „Perfidie" und ähnliche Kaseworte fliegen hinüber und herüber. Besonders das Blatt der „Partei der Gebildeten" des Herrn Stresemann tut sich darin hervor. Und beinahe hätten sie doch alle an einem Strange gezogen —!

Simons hat abgelehnt.

In der Presse findet sich die Nachricht, der Stellvertreter des Reichspräsidenten, Dr. Simons, habe auf seine Kandidatur zur Präsidentenwürde des Reichs verzichtet. Der Ausdruck ist, wie jetzt offiziös versichert wird, ungenau. Er hat die Kandidatur abgelehnt; sie ist ohne sein Wissen aufgestellt worden. Dr. Simons war nie gewillt, sein hohes Richteramt aufzugeben.

Katharina tritt aus.

Eine Ohrfeige für Stresemann.

Frau Katharina v. Oheimb hat in einem Schreiben vom 13. März an den Parteivorsitzenden Dr. Stresemann ihren Austritt aus der Deutschen Volkspartei erklärt. Als Grund ihres Austritts teilt Frau v. Oheimb mit, daß die zwiespältige Haltung der offiziellen Führung der Deutschen Volkspartei in der Frage der Reichspräsidentenwahl es ihr unmöglich macht, organisiertes Mitglied der Deutschen Volkspartei zu bleiben. Frau v. Oheimb bekennt sich nach wie vor zu den Grundsätzen der Partei.

Wankende Außenpolitik.

Sturm von rechts.

Die Sicherheitspolitik der Regierung Luther—Stresemann—Schiele ist von der Rechtspresse seit den ersten Bekanntmachungen mit unfreundlichen Bemerkungen begleitet worden. Man sah, daß etwas unter der Decke schwelte, was nach Ausbruch drängte. Jetzt schlagen die Flammen heraus.

Der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, veröffentlicht unter der Ueberschrift „Gefahr im Verzug!" in der „Deutschen Zeitung" einen Artikel gegen Stresemann, der ungefähr im Ton der Artikel gehalten ist, die gegen Wirth und Rathenau geschrieben wurden. Stresemann sei daran, den Schmachfrieden von Versailles zu bestätigen, den Raub der Feinde gutzuheißen, die geraubten Gebiete für alle Zukunft preiszugeben und mit ihnen das ideale Hochziel der Wiedergewinnung der alten Grenzen. Herr Claß kann nicht annehmen, daß die deutschnationalen Minister einer solchen Politik ihre Zustimmung erteilt haben würden, und erklärt dann weiter:

Vor allem aber erscheint es geboten, daß die Partei, auf deren Teilnahme an der Regierung so viele Hoffnungen gesetzt waren, sich ohne Nebenrücksicht dieses Falles annimmt und — wie zu hoffen — klar zu erkennen gibt, daß sie einer Politik, die zur Preisgabe der deutschen Ehre führen wird, den äußersten Widerstand entgegensetzt, und daß sie mit einem Manne, der es über sich gebracht hat, sein Volk in solche Lage zu versetzen, nichts mehr zu tun haben will.

Herr Claß richtet also an die Deutschnationale Partei die kategorische Forderung, mit der Politik Stresemanns zu brechen und Stresemann selbst in die nationale Acht zu erklären. Bei dem Einfluß, den Herr Claß im Lager der Regierungsparteien besitzt, kann dieser Ruf nicht ohne Antwort bleiben.

Während Herr Claß seine Jupiterblitze gegen den Westen schleudert, nimmt sich — immer getreu der Parole, daß man nie genug Feinde auf einmal haben kann — die deutschnationale „Pommersche Tagespost" des Ostens an. Sie schreibt „Fraktur mit Polen geredet", fordert sofortige Mobilmachung des ostpreußischen Selbstschutzes und erklärt drohend:

Man mag sich in Warschau und in positivem Sinne auch in Berlin daran erinnern, daß gerade Königsberg als einzige deutsche Festung noch schwere Geschütze hat.

Der Artikel schließt:

Damit die Panjes wieder nüchtern werden, müssen ihnen deutsche Prohibitivzölle serviert werden. „Bluten" sollen sie, bis ihnen der Verstand wiedergekommen ist, und einen feurigen Willkommengruß erhalten, sollten sie es wagen, über die Grenzen zu brechen. Taten erwarten wir von der Reichsregierung!

Ueberflüssig zu sagen, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen zu solchen Tobsuchtsanfällen nicht den geringsten Anlaß bieten.

Herr Claß ist eine führende Persönlichkeit im Lager der Rechten, die „Pommersche Tagespost" ist ein führendes Organ der deutschnationalen Regierungspartei. Stimmen wie die ihren sind eine Gefahr für die Außenpolitik, auch wenn sie aus dem Lager der Opposition kommen. Sie kommen aber aus dem Lager, in dem die Regierung selber steht! Innerpolitisch betrachtet sind sie ein Zeichen vollkommener Disziplinlosigkeit und rapiden Fortschreitens der Zersetzung auf der Rechten.

Wie soll das enden?

Räumung und Sicherheitspakt.

Frankreichs Forderungen.

Paris, 14. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Kammerausschuß für auswärtige Politik hat sich am Mittwoch und Donnerstag mit der Sicherheitsfrage und der Räumung der Kölner Zone bzw. der besetzten Gebiete befaßt. Auch der Auswärtige Ausschuß des Senats hat sich am Donnerstag mit den gleichen Fragen beschäftigt. Am Schluß der Debatte wurde beschlossen, die Regierung aufzufordern, den Bericht der Militärkontrollkommission über Deutschland restlos zu veröffentlichen und die Kontrolle nicht eher einzustellen, bis daß die in der Note der Botschafterkonferenz vom Dezember 1922 angeführten fünf Punkte von Deutschland erfüllt sind. Außerdem wurde an die Regierung der Antrag gestellt, jedes Abkommen mit Deutschland abzulehnen, solange es nicht in den Völkerbund eingetreten ist.

Die „Ere Nouvelle" nimmt am Sonnabend zu den Beschlüssen des Kammerausschusses und des Senatsausschusses Stellung. Das Blatt sagt u. a., daß „sämtliche Parteien einmütig in der Forderung sind, die Räumung der Kölner Zone erst dann zu gestatten, wenn die Regelung der Sicherheitsfrage abgeschlossen und ein Garantievertrag unterzeichnet ist. **Frankreich werde diesmal unnachgiebig sein, und zu dieser Einheitsfront aller Parteien habe die Politik Englands beigetragen.** Man habe es in Frankreich gründlich satt, sich von England fortgesetzt verleugnen zu lassen."

Keinen Kadisch wird man sagen . .

Von Erich Gottgetreu.

„Die Stadt Düsseldorf ist sehr schön, und wenn man in der Ferne an sie denkt und zufällig dort geboren ist, wird einem wunderlich zumute. Ich bin dort geboren, und es ist mir, als müßte ich gleich nach Hause gehen. Und wenn ich sage nach Hause gehen, so meine ich die Bolkerstraße und das Haus, worin ich geboren bin."

Ob Heinrich Heine, der diese schönen Sätze in seinem Buch „Le Grand" einst schrieb, nicht heute auch recht wunderlich zumute werden würde, wenn er plötzlich seinem Grab entstiege, bei Düsseldorf über den Rhein führe und dann in der Bolkerstraße das Haus und das Zimmer suchte, in dem er das Licht der Welt erblickte? Wenn er sähe, wie wenig seine Vaterstadt doch unternahm, um ihren großen Sohn würdig zu ehren? Was würde Heinrich Heine fühlen?

— — Voller Leben ist der Sonnabendnachmittag, an dem ich in Düsseldorf ankam, die Bolkerstraße, zwischen den Winkelgäßchen der Altstadt, die sich am Rhein hinzieht, führt sie sonst ein beschauliches, wenn auch von Fremden selten beschautes Dasein. „Der Herr da will ins Heine-Zimmer", sagt eine Verkäuferin zur anderen in der Bäckerei, die sich in einem schmalen Haus befindet, das durch eine bescheidene Tafel als des Dichters Geburtsstätte gekennzeichnet ist. Nach langem Warten nimmt mich schließlich ein kleines Mädel bei der Hand, zieht mich durch dunkle und schmutzige Höfe, weist mir irgendwo den Weg zu einer schmalen Stiege, ich erklettere sie und stehe nun — ach nein, in keinem Heiligtum, in keiner schlichten, hübschen Wohnung, der man nicht historische Bedeutung, sondern historische Stimmung geben will: ich atme vielmehr die dicke Luft einer jener ärmlichen und erkärlicherweise unschönen Proletarierwohnungen, genau so elend, wie sie in Berlin N., in Hamburg-St. Pauli oder Chemnitz-Gablenz „blüht". Beziehungslos wird Heines Geburtszimmer bewohnt, verkitscht ist es obendrein mit einem peinlich lila Anstrich und einem „Möblement" aus dem Jahre 1890 — „der Balken an der Decke da; das ist genau so, wie es war!" erklärt noch stolz der Führer. „Gegenüber im Kesselstübchen ist noch viel mehr zu sehen . . ."

Also stolpere ich wieder die düsteren Treppen hinunter, taste mich die labyrinthischen Höfe entlang, durcheile schmale Gänge, stehe wieder auf der lauten Straße und werde im Menschenstrom rasch mitgedrängt in den „Goldenen Kessel", in dem „viel mehr zu sehen" sein soll. Beißender Rauch durchschwadet das niedere Lokal, mit Bierseidlein drängen „Köbese" schwitzend durchs Gewühl sich, schrillstimmiges Geschrei durchgellt die Luft, und die Heine-Ecke findet man mit vieler Mühe nur. Wer kümmert sich um sie? „Ach, das weiß ich nicht," antwortet der befragte Kellner, „ich interessiere mich zwar für solche Sachen, bin aber erst seit einem drei Vierteljahr hier." Und des Dichters Heinrich Heine schöne Büste vom Künstler Jungblut-Stahl steht Ende März 1925 seit genau fünfzehn Jahren im erniedrigenden Winkel, ein paar Stiche und belanglose Ansichtspostkarten hängen daneben, eingerahmte Zeitungsausschnitte spielen auch mit „Ehrung" — das ist alles. Als das Käfigdenkmal eingeweiht wurde, war kein Frack und kein Ordensgeklimper zu sehen, nur „das mündige Düsseldorf" hatte sich zusammengefunden, sagte damals Herbert Eulenberg sehr hübsch. Nun steht der Dichter fünfzehn Jahre in der Ecke, die Zahl der Mündigen ist nicht viel größer geworden, und deshalb wird er in seinem Winkel vielleicht noch weitere fünfzehn Jahre angeraucht und angestaunt werden. Was hat der Kerl fürs Vaterland denn schon getan?

Da sitzt an meinem Tisch ein Herr deutschnationalen Angesichts mit seinen beiden Söhnen. „Vater, was is'n das für 'n Mann?" fragt der eine. „Ach, Heinrich Heine bloß, hat Theaterstücke geschrieben und die Loreley; war ganz begabt, aber Jude. Oder! Drei Helle!"

Die Komödie.

Drei Künstler sind so klug, daß sie sich getrauen, einen nicht immer unbändigen Humor wie die allzündbarste Lustigkeit zu spielen. Albert Bassermann, Karl Ettinger und Egon Friedell, wirklich drei prächtige Brüder, vereinigen sich zu diesem Zweck. Hermann Bahrs Komödie „Der Krampus" ist bei diesen Meistern wundervoll aufgehoben. Der gewandte und niemals in der Unterhaltung versagende Bahr schrieb den „Krampus", als er noch nicht mit dem lieben Gott verwandt sein wollte, sondern nur fröhlich auf der Erde verweilte und anmutige Dinge erfand. Der Krampus ist ein Grobian, der sich sehr wohl in seiner Selbstsucht fühlt, dabei ein Pfiffikus, ein fingerfertiger Cellist. Echt wienerisch ist dieses Stücklein aufgetakelt, in dem es sich darum handelt, daß ein adliges Fräulein und ein Prachtlakei unter die Haube kommen. Alles ist gangbare Ware für Familien, die nicht erbost werden dürfen, und trotzdem Grazie, die nur Hermann Bahn besitzt, der heute zum Patriarchen wurde und vor einem Vierteljahrhundert ein Draufgänger war.

Albert Bassermann ist großartig in seiner Selbstverliebtheit und Gespreiztheit, in seiner Freude am guten Essen und am guten Musizieren. Bassermann macht diesen Prahlhans und Haustyrann liebenswürdig. Er stattet ihn beinahe mit genialen Zügen aus. Lücken und Längen des Lustspiels existieren für ihn nicht. Ueberall drängt und stopft er seine herrliche Komödiantenpersönlichkeit hinein. Ein Wunder und eine Wirklichkeit, beide zusammen, das ist er. Und Karl Ettinger leistet im rein Komödiantischen, in der Unterordnung vor der Rolle, im Verbergen der mannigfachen Verstellungstalente, die sein Eigentum sind, außerordentliches. Man erlebt geistige Freude bei Bassermann und Ettinger. Die Freude steigert sich noch, wenn man bedenkt, daß Egon Friedell, der sonst Feuilletons ziselliert, auf der Bühne nur als Dilettant spielt. Leider gibt es wenige solcher Dilettanten, von denen so viel Reiz und gewinnende Persönlichkeit ausströmen.

M. H.

Ein „Tat"-Heft über die Kulturwoche. Seit der Kulturwoche im August letzten Jahres ist auf allen Gebieten des Arbeiterbildungswesens in ganz Deutschland ein neuer Aufschwung wahrzunehmen. Das liegt darin begründet, daß die Arbeiterschaft immer stärker sich von der Notwendigkeit und Bedeutung der Bildungsarbeit überzeugt, ist aber auch darauf zurückzuführen, daß die Kulturwoche allseitige Anregung zu verstärkter Bildungstätigkeit gegeben hat. So kann mit Recht diese Woche als der Anfang eines neuen Aufschwungs im Arbeiterbildungswesen bezeichnet werden. Von dieser in ihrer Auswirkung so bedeutsamen, ihrem Inhalte nach alle Probleme der Kulturtätigkeit der Arbeiterschaft aufwerfenden Woche handelt ein Sonderheft der bei Eugen Diedrichs, Jena, erscheinenden Zeitschrift: „Die Tat". Es enthält eingehende Berichte über die Veranstaltungen der Woche mit zusammenfassender Wiedergabe der Referate, eine Würdigung der Feier von Erich Winkler, M. und O. Bauer, Valtin Hartig. Ferner grundlegende Aufsätze über besonders wichtige Probleme der Kulturbewegung des Sozialismus: Religion von A. Kranold, das Arbeitsschicksal des Proletariats von K. Mennicke, über proletarische Kultur von Dr. Viktor Engelhardt, Bildungsprobleme der Sozialdemokratie von Woldt. Westphal spricht über die Jugend, Bröger über Jungsozialismus, Dr. Beck über den Sprechchor, Dr. Nötting über das Führerproblem. Dazu kommen Gedichte von Bröger, Barthel, Toller. Das Heft kostet 1,20 M., ist durch jede Buchhandlung zu beziehen, auch durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Die neu entdeckte Atmosphäre des Merkur. Der Planet Merkur kann jetzt zwischen dem 1. und 20. März als ein schöner heller Stern beobachtet werden. Da er der Sonne sehr nahe ist, hat nicht jeder Beobachter das Glück, ihn zu sehen. Selbst Kopernikus sah ihn nie, hauptsächlich, weil Dämpfe von der Bistula den Horizont dort verdunkelten, wo er kreiste. Die letzte Entdeckung am Merkur ist die Entdeckung einer Atmosphäre, die voriges Jahr endgültig festgestellt wurde. Bis dahin hatte man sich den Merkur als eine verkohlte, luftleere Welt gedacht, da bei der Entfernung des Planeten von dem Feuer der Sonne die Hitze ein Metall von niedrigem Schmelzpunkt wie Zinn flüssig machen kann. Die Atmosphäre des Merkur ist indessen von einer mäßigen Dichtigkeit, obgleich sie einige Wolken besitzt. Diese Durchlässigkeit zusammen mit der Tatsache, daß die wirkliche Oberfläche augenscheinlich rauh ist und aus dunklem Stoff besteht, ist kürzlich nach einer Mitteilung der „Illustrated London News" durch Messungen bestätigt worden, die in Amerika angestellt worden sind über den relativ kleinen Prozentsatz von Sonnenhitze und Sonnenlicht, welche der Merkur auf uns reflektiert. Die Atmosphäre häuft wahrscheinlich die Hitze auf, welche die Oberfläche trifft. Die furchtbar hohe Temperatur macht ein Leben darauf unmöglich. Wenn unsere Erde solcher Hitze ausgesetzt wäre, würde sie schmelzen. Außerdem erträgt der Merkur die Last der elektrischen Entladungen der Sonne, welche auch manchmal die Erde treffen und magnetische Instrumente zerstören. Da der Planet nur 3000 Meilen im Durchmesser mißt, würde eine Person, die 100 Pfund auf der Erde wiegt, auf dem Merkur nur 25 Pfund wiegen.

Erstaufführungen der Woche. Dienstag Schlosspark-Th.: „Drei alte Schachteln". Goethe-Bühne: „Mirjam". Freitag Th. am Kurfürstendamm: „Bibi-Bibi". Sonnabend Rose-Th.: „Graupenmüller", Nelson-Th.: „Madame Revue".

Urania-Vorträge. Täglich (8, 7, 9 Uhr): „Mexiko-Film". Morgen-Dienst., Mittw. (8½), Sonnt. (6½ u. 8½): „Indien-Film". Mittw. (7): „Aegypten".

Dorothea Knoppe tanzt am Sonntag, den 29., nachm. 4 Uhr, im Schlosspark-Theater Steglitz ein teilweise neues Programm. Am Flügel: Margarete Spangenberg.

Lothar Schreyer hält in der Kunstausstellung „Der Sturm", Potsdamer Str. 134a, am 18., 7½ Uhr, einen Vortrag über „Die neue Kunst".

Koenens Darlehn.

Bei Beginn der heutigen Sitzung wird Abg. Koenen über die Tätigkeit Barmats während des Rotterdamer Hafenarbeiterstreiks vernommen. Er habe einer Arbeiterkommission angehört, die 1920 nach dem Kapp-Putsch, als in Deutschland große Lebensmittelnot herrschte, nach Holland geschickt wurde. Außer ihm waren Mitglieder noch Franz Krüger und als Vertreter des Verkehrsbundes, Döring. In Rotterdam habe Barmat an den Verhandlungen teilgenommen. Schwierigkeiten machte es nur, die Streikkostenführung nicht zu verhindern, trotzdem aber die Lebensmittel für Deutschland abzutransportieren. Von der deutschen Regierung wurde den streikenden Arbeitern für ihre Sonderarbeit 1 Gulden zugesagt. Schwierigkeiten entstanden, als die syndikalistischen Organisationen die zu fassenden Beschlüsse erst ihren Mitgliederversammlungen unterbreiten wollten, wodurch eine Verzögerung um mindestens eine Woche entstanden wäre. Barmat habe bei den Verhandlungen, die in seinem Hause stattfanden, keine besondere Rolle gespielt. Stutzig sei der Zeuge geworden, als Krüger bei der Abfassung des Berichts eine Anerkennung für Barmats Tätigkeit hineinsetzen wollte. Das sei aber schließlich unterblieben. Da Koenen über das vorgesehene Ziel in Rotterdam habe bleiben müssen,

habe er von Barmat ein Darlehen angenommen, das etwa 500 bis 600 Goldmark ausmachte. Dieser Betrag sei später in Berlin in Papiermark zurückgezahlt worden, Quittungen oder Notizen darüber existieren allerdings nicht.

Er habe den Eindruck gehabt, daß Barmat alle möglichen Leute in seine Netze ziehen wollte. Eines Tages sei bei seiner Familie ein Liebesgabenpaket aus Holland eingetroffen. Als er erfuhr, daß es von Barmat stammte, habe er ersucht, das künftig zu unterlassen. Im Herbst 1922 habe Barmat ihn ersucht, ihn bei Krassin einzuführen.

Er sei zu diesem Zwecke auch einmal bei Barmat im Hotel gewesen,

aber er habe diese Vermittlung abgelehnt. Seit dieser Zeit habe er keine Beziehungen mehr mit Barmat gehabt. Aus eigener Beobachtung könne der Zeuge nicht sagen, ob Barmat mit anderen Politikern Verbindungen unterhalten habe. Auf eine Frage des Abg. Dauch, ob Koenen seine ungünstige Meinung über Barmat nicht zum Ausdruck gebracht habe, da Barmat doch mit den Reichsstellen in Geschäftsverkehr stand, erwidert der Zeuge, daß er gar kein Interesse daran gehabt habe.

Einheitsfront der Verleumder.

Neue Beschimpfungen des Genossen Schmidt.

Wer der gestrigen Sitzung des Reichstagsausschusses zur Untersuchung der Kreditfragen beigewohnt hat, der wurde während der Rede des früheren Reichswirtschaftsministers, unseres Genossen Robert Schmidt, an den Ausspruch Löbes erinnert: „Ich hätte gewünscht, daß die Mauern des Reichstags bis an die Grenzen des Reichs hinausgerückt werden, damit das ganze deutsche Volk hören könne, was hier vorgeht". Als Genosse Schmidt seine von Herzenswärme und reiner Ueberzeugung getragenen Ausführungen beendet hatte, da stand der ganze Ausschuß unter dem Eindruck: Hier ist ein Mann, für den kein persönliches Interesse gilt, der nur ein Lebensziel hat, dem Volke zu dienen, dem leidenden Volke seine ganze Kraft zu widmen. Der ganze Ausschuß hatte diesen Eindruck, auch Herr Bruhn, dessen Gesicht nach der Rede Schmidts leichenblaß war und der nachher nur ein paar kümmerliche Worte stammelte, er habe Schmidt persönlich nicht kränken wollen. Selbst Herr Bruhn scheint also einzusehen, daß seine Verdächtigungen gegen Robert Schmidt ein schweres Unrecht darstellen.

Wir erwarten allerdings nicht, daß die ihm nahestehende Presse die Verleumdungen, die sie monatelang gegen Schmidt gerichtet hat, jetzt zurücknehmen werde. In dieser Presse werden die Darlegungen Schmidts vorläufig totgeschwiegen oder mit ein paar Sätzen abgetan.

Immerhin, Bruhn war zur Stelle. Aber ein anderer fehlte. Ein anderer aus der Gattung der politischen Schufterle. Das war Herr Dr. Rosenberg, Vertreter der Kommunistischen Partei im Untersuchungsausschuß des Reichstags. Dieser Rosenberg spielt eine eigenartige Rolle. Er kommt in der Regel zu spät, versäumt das Wesentliche und muß sich dann erst von Herrn Bruhn über die einzuschlagende Taktik aufklären lassen. In der Freitag-Sitzung erschien Rosenberg erst ¾ Stunden nach der Eröffnung. Gegen 12 Uhr verschwand er, um gar nicht mehr wiederzukommen. Während des allergrößten Teiles der Sitzung war weder ein Vertreter der Kommunistischen Partei, noch ein Vertreter der kommunistischen Presse zugegen. Dafür wird in der heutigen „Roten Fahne" unter der Ueberschrift „Schmidt will kneifen" berichtet, daß Schmidt „aus Angst" nicht zur Vernehmung im preußischen Untersuchungsausschuß erschienen sei.

Wir stellen fest: die vor den Reichstagsausschuß geladenen Zeugen, unter denen sich Genosse Robert Schmidt befand, waren ausdrücklich vom Ausschußvorsitzenden darauf aufmerksam gemacht worden, daß sie sich zur Verfügung des Reichstagsausschusses halten müßten und in dieser Zeit einer Vorladung zum preußischen Ausschuß keine Folge geben dürften. An den Beschwerden darüber, daß der preußische Ausschuß in die Kompetenzen des Reichs eingreife, hat sich wiederholt auch Herr Dr. Rosenberg beteiligt. Ueberdies hat Genosse Robert Schmidt beide Ausschüsse wiederholt und dringend ersucht, ihn so schnell wie möglich zu vernehmen, damit dem Verleumdungsfeldzug gegen ihn endlich ein Ende gemacht werde. Der Reichstagsausschuß ist auch nicht erst um 5 Uhr nachmittags zusammengetreten, wie die „Rote Fahne" behauptet, sondern er hat mit ganz kurzen Pausen ununterbrochen von vormittags ½10 Uhr bis abends ¾9 getagt. Die geladenen Zeugen, unter ihnen Genosse Schmidt, konnten sich mit besonderer Erlaubnis des Reichstagsausschusses nur vorübergehend entfernen.

Das sind die Tatsachen, und damit vergleiche man das, was die „Rote Fahne" dazu schreibt. Wird Herr Rosenberg den Mut aufbringen, vor dem Ausschuß der Wahrheit die Ehre zu geben? Auf jeden Fall zeigt sich, daß auch die „Rote Fahne" unter die Kategorie von Preßerzeugnissen gehört, die Genosse Schmidt mit Bezug auf eine deutschnationale Zeitung mit dem zwar nicht ganz parlamentarischen, aber zutreffenden Ausdruck „Dreckblatt" belegte.

Es muß aber auch darauf aufmerksam gemacht werden, daß „Die Zeit" des Herrn Stresemann und die volksparteilichen Mitglieder des Preußenausschusses geradezu wetteifern, den Kommunisten in der Verdächtigung Schmidts den Rang abzulaufen. Sie sind einander würdig!

Der Stellvertreter des Reichspräsidenten Dr. Simons empfing im Laufe des gestrigen Nachmittags die Reichsminister Dr. Stresemann und v. Schlieben zum Vortrag. Im Laufe des heutigen Vormittags stattete der preußische Ministerpräsident Dr. Marx zugleich in Vertretung des Reichsrats Dr. Simons seinen Gegenbesuch ab. Ferner machte Oberbürgermeister Böß dem Stellvertreter des Reichspräsidenten namens der Stadt Berlin heute seine Aufwartung.

Aufwertung von Spareinlagen. Der Aufsichtsrat der Gute-Hoffnungs-Hütte beschloß, die Spareinlagen bei der Werksparkasse unter 1000 Mark voll aufzuwerten und die Einlagen über 1000 Mark mit 50 Proz.

Berlin im Schnee.

Im allgemeinen glatte Abwicklung des Verkehrs.

Es kommt immer anders, als man denkt. Das ist eine alte Wahrheit. Uns ist immer wieder erklärt worden: Einen Winter bekommen wir nicht, und wenn es doch kalt wurde, hieß es, das ist nur eine ganz vorübergehende Erscheinung. Naturfreude und Naturforscher wiesen darauf hin, daß die Sträucher bereits breite grüne Blätter tragen und daß die Stare wieder im Lande sind, so früh wie noch niemals in anderen Jahren. Und nun ist ganz plötzlich der Schnee gekommen, hat in der Nacht die Stadt fast überschüttet, so daß man heute morgen in einer weißen Welt aufwachte. In Berlin selbst ist ja freilich nur noch der „Matsch" zu spüren. Aber draußen in den weiter gelegenen Vororten und im Wald sieht es winterlich aus. Alle Wege und Stege sind verschneit, um von Haus zu Haus, von einer Straße in die andere zu kommen, muß man Schneewälle durchwaten und Schneeberge übersteigen. Es ist ein Tag für die Jugend, die die Schlitten wieder hervorgesucht hat und die Schneebälle lustig durch die Luft sausen läßt. Sollte gegen Abend ein Witterungsumschwung eintreten und das Thermometer unter Null sinken, so daß der Schnee hart und fest wird, so dürfte sich am morgigen Sonntag eine wahre Völkerwanderung aus Berlin in den Grunewald ergießen.

In der Stadt hat man nicht nur heute in den ersten Morgenstunden, sondern bereits gestern abend Verkehrssorgen gehabt. Bald nach 10 Uhr am gestrigen Abend setzte ein außerordentlich heftiges Schneetreiben ein und dauerte die ganze Nacht an. **Sämtliche Verkehrsmittel nahmen am gestrigen Abend bereits den Kampf gegen die Schneemassen auf,** um die letzten Wagen und vor allem auch die Frühzüge am heutigen Tage vor Störungen oder dem vollständigen Stillstand zu bewahren. Der Erfolg ist denn auch im großen und ganzen ein guter gewesen.

Die Hochbahn

hat in der Nacht alle Vorbereitungen getroffen, damit der Verkehr sich reibungslos abspielt. Man hat Salz gestreut, man hat die Weichen gereinigt und die Gleise immer wieder aufs neue von Schnee befreit. Infolgedessen ist alles glatt abgegangen, und die Hochbahndirektion kann mit Befriedigung feststellen, daß sich noch niemals bei reichlichem Schneefall der Verkehr so glatt abgewickelt hat wie heute. Aehnlich liegen die Verhältnisse bei der Omnibusgesellschaft.

Die Autoomnibusse

allerdings bewältigten immer schon und von allen Verkehrsmitteln den Schnee verhältnismäßig am besten. Als einige Jahre vor dem Kriege (damals waren die Autoomnibusse noch verhältnismäßig neu und jung im Berliner Verkehr) gewaltige Schneemassen über Berlin niedergegangen waren, so groß, wie vielleicht noch niemals vorher, als alle Verkehrsmittel: die Straßenbahn, die Droschken, die Pferdeomnibusse einfach im Schnee steckenblieben und ganz Berlin wie ein einziges großes weißes Chaos ausschaute, waren es die Automobilomnibusse, die allen Hindernissen, die der Schnee ihnen bereitete, Hohn sprachen. Wie uns von der Direktion der Omnibusgesellschaft mitgeteilt wird, ist es **um so günstiger für die Automobilomnibusse, je höher der Schnee liegt.** Die schweren Wagen mahlen sich durch den Schnee.

Die Stadtbahn

hat ebenfalls unter dem Schnee nicht sehr gelitten. Man hatte hier von den einzelnen Betriebsämtern rechtzeitig genügend Streckenarbeiter gestellt, die die Gleise und die Weichen vom Schnee befreiten. **Auf einigen Vorortstrecken ist es allerdings infolge des Schnees zu geringfügigen Verspätungen gekommen.** Es handelte sich dabei immer nur um wenige Minuten, und im Laufe des Vormittags war der regelmäßige und fahrplanmäßige Verkehr wiederhergestellt. Anders lagen die Verhältnisse

bei der Straßenbahn,

die, wie immer, am meisten unter dem Schnee zu leiden hatte. Man hatte diesmal rechtzeitig Vorsorge getroffen, um den Verkehr aufrechterhalten zu können. Am gestrigen Abend bereits ließ man auf allen Linien Salzwagen fahren, um das Vereisen der Weichen zu verhindern, falls über Nacht Frost einsetzen sollte. **Von 2 Uhr morgens ab verkehrten die Schneepflüge** und machten die Bahn für die letzten Wagen und für die Frühzüge frei. **In Störungen im Verkehr ist es aber trotzdem gekommen.** Die Direktion der Straßenbahn erklärte uns auf unsere Anfrage, daß es sich nur um unwesentliche Störungen gehandelt habe und daß der Verkehr so gut wie gar keinen Schwierigkeiten ausgesetzt gewesen sei. Demgegenüber muß doch betont werden, daß an verschiedenen Stellen der Stadt, und zwar noch in den ersten Vormittagsstunden, das Publikum sich an den Haltestellen drängte und vergeblich auf die Wagen einiger Linien wartete. Andere wieder hatte man überhaupt umleiten müssen.

Die städtischen Schneepflüge.

Das Städtische Stadtfuhramt, Abteilung für Straßenreinigung, hatte heute schon in aller Frühe begonnen, den Schnee von den Straßen zu entfernen. Bereits in den frühen Morgenstunden gingen für das ehemalige Alt-Berlin, für die Bezirke 1 bis 6, **100 bis 110 Schneepflüge** ab. Das Stammpersonal, d. h. die städtischen Arbeiter, etwa 1600 Mann stark, hat etwa **1000 Mann Hilfskräfte** zur Unterstützung erhalten. Also rund 2500 Mann arbeiteten heute in Alt-Berlin gegen Schmutz und Schnee. Auch die anderen Bezirke, die wohl dem Stadtfuhrpark unterstehen, aber ihre eigenen Reinigungsdepots haben, trafen rechtzeitig ihre Maßnahmen. Diese Bezirke verfügen ebenfalls über rund 1500 Mann Stammpersonal. Je nach Größe des Bezirks sind auch Schneepflüge vorhanden. Dazu kommt die entsprechende Zahl der Hilfskräfte. Die Arbeit der Schneepflüge begann mit der Reinigung der Brücken, Uebergänge und Straßenkreuzungen. Am Sonntag tritt das Stammpersonal von 7 Uhr früh bis in die Mittagsstunden ebenfalls in Aktion.

Die Wetterlage.

Wie uns vom Berliner Wetterdienst mitgeteilt wird, dürfte die Schneeherrlichkeit nicht lange anhalten. **Es wird sehr bald Regen einsetzen.** In Borkum hat es heute morgen bereits geregnet, ebenso in Amiens, während über Paris heute vormittag noch Schnee niedergegangen ist. Ueber die Ursache des plötzlichen und reichlichen Schneefalls teilt der Berliner Wetterdienst mit, daß über den ganzen Ozean kräftige Westströmungen der Luft gegangen sind, die über die kalten Luftschichten sich schließlich gelagert haben. Durch diese aufsteigenden Luftschichten trat Erkältung ein, und die Folge war der große Schneefall.

Friedrich von Payer für Ebert.

Der Vizekanzler der Regierung Hertling gegen Wallraf.

B. S. Magdeburg, 14. März 1925.

Der heutige 5. Verhandlungstag im Rothardt-Prozeß begann mit der Zeugenvernehmung des Vizekanzlers a. D. **Friedrich v. Payer.** Auf Befragen des Vorsitzenden bekundete der Zeuge zunächst, was ihm über die Einstellung des verstorbenen Reichspräsidenten zur Frage der Landesverteidigung bekannt sei. Er schilderte die parlamentarische Tätigkeit Eberts, den er von Anfang an als einen ruhigen, besonnenen und gemäßigten Mann kennengelernt habe, als einen Mann mit festen Grundsätzen, der aber immer für sachliche und praktische Arbeit gewesen sei. Im Kriege sei Ebert durchaus vaterländisch gesinnt gewesen und habe sich stets mit allen Kräften dafür eingesetzt, daß der Krieg zu einem günstigen Abschluß gebracht werde: **Ich kann nicht sagen, daß irgend jemand während des Krieges mehr Vaterlandsliebe zeigte als Ebert, obwohl er es bei der oppositionellen Stellung des linken Flügels der Sozialdemokratie nicht leicht hatte.** Ebert hat sich stets energisch für die Bewilligung der Kriegskredite eingesetzt, weil man Deutschland nicht im Stich lassen dürfe. — **Vors.:** Der erweiterte Etat ist doch von der SPD. abgelehnt worden? — **Zeuge:** Das war eine Konsequenz, die noch aus der Zeit des Sozialistengesetzes stammt. — **Vors.:** Wurde die Bewilligung der Kriegskredite von einem Kuhhandel mit der Regierung abhängig gemacht? — **Zeuge:** Davon weiß ich nichts. Wäre es der Fall gewesen, dann hätte ich es erfahren. — Herr **v. Payer** schildert dann, wie er, der Zeuge, als er am 30. Januar 1918 von Stuttgart nach Berlin kam, um sein Amt als stellvertretender Reichskanzler anzutreten, auf dem Anhalter Bahnhof von einem Berliner Vertreter der „Frankfurter Zeitung", Wiesner, empfangen wurde, der ihm mitteilte, Ebert und Scheidemann ersuchten den Vizekanzler, im Hinblick auf den Munitionsarbeiterstreik dringend um eine Unterredung. Sie seien der Streikleitung beigetreten, um der Bewegung ein schnelles Ende zu bereiten, sie seien aber sehr unglücklich über die Taktik des Staatssekretärs Wallraf. Eine amtliche Besprechung habe er, Payer, im Hinblick auf seine Stellung abgelehnt, habe aber an einer informatorischen Unterredung teilgenommen, die dann auch am 31. Januar im Berliner Bureau der „Frankfurter Zeitung" stattgefunden habe. Ebert und Scheidemann hätten ihm dort die Lage geschildert und ihm erklärt, sie wären der Bewegung am liebsten ferngeblieben, seien aber auf das Drängen der Betriebe beigetreten, um den Streik möglichst schnell durch Verständigung zu erledigen. Auf ihre Frage über die Haltung Wallrafs habe er erklärt,

er hätte es wahrscheinlich anders gemacht als Wallraf.

Auf Befragen der Verteidigung betonte der Zeuge nochmals, daß Ebert und Scheidemann damals wiederholt erklärt hätten, sie wollten dem Streik ein schnelles Ende bereiten. Zur Stellung Eberts zum Rüstungsstreik betonte der Zeuge, daß der verstorbene Reichspräsident ein grundsätzlicher Gegner solcher Streiks gewesen sei. — Generalstaatsanwalt **Storb:** Dann lag es Herrn Ebert fern, einen solchen Streik für seine Interessen einzusetzen. — **Zeuge:** Daran hat Ebert nie gedacht. Er war dabei in schwerer Sorge wegen des Schadens, der durch den Streik dem Vaterland zu erwachsen drohte. Im übrigen ist Eberts Haltung bei wirtschaftlichen Streiks, wenn sie dem Vaterlande schadeten, sicherlich die gleiche gewesen, wie bei politischen Bewegungen. — RA. Dr. **Martin:** Bei einer Besprechung über die Friedensresolution, die zwischen der Obersten Heeresleitung und Regierung und den Parteiführern am 14. Juli 1917 stattfand, soll Ebert gedroht haben, die Sozialdemokratie werde die Kriegskredite verweigern, wenn über die Resolution keine Einigung erzielt werde. — **Payer:** Die Oberste Heeresleitung hatte damals die Fassung der Resolution beanstandet, die ihr nicht schneidig genug war. Hindenburg entließ uns damals mit den Worten:

„Mehr Pfeffer, meine Herren!"

Eine Aenderung war aber nicht mehr möglich, weil durch eine Indiskretion der Text der Resolution schon in die Presse gelangt war.

Im übrigen handelt es sich dabei um das erste nicht ganz glückliche Auftreten des neuen Reichskanzlers Michaelis, der uns erklärte, er sei kein Fachmann, er sei vielmehr als Zeitgenosse neben dem Wagen der Weltgeschichte hergelaufen.

Das machte keinen glücklichen Eindruck auf uns und deshalb haben wir uns längere Zeit mit ihm herumgeschlagen, aber von einer Drohung der Sozialdemokraten, daß sie die Kriegskredite verweigern würden, weiß ich nichts. Wäre das der Fall gewesen, dann müßte ich es doch wissen!

Auf den Hinweis der Verteidigung, daß sich die erwähnte Darstellung der Besprechungen im Garten der Reichskanzlei in dem Buch Scheidemanns befände, erklärte der Zeuge v. Payer, indem er sich zu dem auf der Zeugenbank sitzenden Scheidemann wendete: „Ich habe das Buch gelesen, aber Herr Scheidemann wird es mir nicht übelnehmen, wenn ich sage, daß er in diesem Buch etwas flüchtig gewesen ist.

Damit war die Vernehmung des Vizekanzlers a. D. v. Payer beendet.

Zeuge **Scheidemann** bat hierauf, seine gestrige Aussage noch ergänzen zu dürfen. Er wies zunächst darauf hin, daß er im interfraktionellen Ausschuß von Erzberger wegen des Munitionsarbeiterstreiks interpelliert worden sei und daß man in dem Ausschuß mit den Sozialdemokraten wegen ihrer Haltung nicht mehr habe zusammensitzen wollen. Darauf habe er, Scheidemann, seine und Eberts Gründe für ihren Beitritt zur Streikleitung auseinandergesetzt, worauf der Ausschuß einstimmig ihre Haltung gebilligt habe. Scheidemann bestätigte dann noch weiter, daß der neue Reichskanzler Michaelis ihm gegenüber die erwähnte Aeußerung getan habe und daß er, Scheidemann, sich selbst gesagt habe: Wenn ich jemand erzähle, daß der deutsche Reichskanzler so etwas gesagt hat, dann glaubt mir das kein Mensch! Trotzdem sei Michaelis naiv genug gewesen, diese Aeußerung anderen Herren gegenüber zu wiederholen. Im weiteren Verlauf dieser Besprechungen habe dann

Erzberger zu Hindenburg

gesagt: Machen Sie es den Sozialdemokraten nicht so schwer, Sie werden die Leute noch zwingen, die Kriegskredite noch abzulehnen. Darauf habe Hindenburg erklärt: Das können sie doch nicht.

Polen und Danzig.

Genf, 14. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Völkerbundrat befaßte sich am Freitagnachmittag mit dem Polnisch-Danziger Streitfall. Die Verhandlungen nahmen jedoch nicht den allgemeinen sensationellen Verlauf, wie er angekündigt war. Auf Antrag des Berichterstatters de Leon-Spanien wurde ein endgültiger Beschluß über die Streitfragen auf die nächste Sitzung im Juni verschoben, da der Berichterstatter des Völkerbundrats erst noch ein ausführliches Gutachten vorlegen will, das bis zum 10. Mai fertiggestellt werden soll. Dieser Ausgang der Besprechungen bedeutet zweifellos einen Mißerfolg der polnischen Versuche, das gesamte Danziger Problem in seiner grundsätzlichen Bedeutung neu aufzurollen und eine Interpretation der Friedensverträge durchzusetzen, die praktisch eine ernsthafte Bedrohung der Unabhängigkeit Danzigs bedeuten würden. Die polnische These von der „Souveränität Polens über Danzig" hat eine besonders deutliche Zurückweisung erfahren. Polen hat mit seiner heftigen Pressekampagne, die es noch in diesen Tagen in der französischen und Schweizer Presse entfaltete, genau das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erzielt. Die Engländer ließen z. B. keinen Zweifel darüber, daß lediglich der Wortlaut der bestehenden Verträge zur Regelung der Streitfragen maßgebend sein könne und daß jeder Versuch einer Umdeutung der Verträge entschieden zurückgewiesen werden müsse. Bezeichnend ist ferner, daß der englische Oberkommissar Macdonald, dessen Abberufung Polen gefordert hatte, wieder in seinem Amt bestätigt wurde.

Im Danziger Briefkastenstreit ist die Entscheidung ähnlich ausgefallen. Der Berichterstatter stellte ausdrücklich fest, daß Polen unkorrekt gehandelt hat, indem es Briefkästen anbringen ließ, ohne vorher den Oberkommissar zu verständigen. Die ganze Angelegenheit wurde von dem Rat schließlich an den Internationalen Gerichtshof zur endgültigen Entscheidung überwiesen.

Nächtlicher Ueberfall.

In der letzten Nacht gegen ½3 Uhr wurde der Geschäftsführer der Weinbergsklause, Weinbergsweg 20, Paul Jäckel, auf dem Heimwege, kurz vor seiner Wohnung, Zehdenicker Straße 14, von einer Bande von ungefähr sechs Mann überfallen. Man hatte jedenfalls vermutet, daß der Genannte größere Abrechnungsbeträge bei sich führte. Seiner Geistesgegenwart ist es zu verdanken, daß er sich durch energische Wehr widersetzte und durch Hilferufe die Aufmerksamkeit der Revierwache Nr. 17 am Weinbergsweg auf sich lenkte. Es erschien sofort ein Beamter, dem es auch gelang, den Haupttäter der Bande zu verhaften.

Kundgebung gegen die Konkordatspolitik. Auf Veranlassung des „Bundes Entschiedener Schulreformer" findet am Dienstag, 17. März, abends 7½ Uhr, im großen Saale des Lehrervereinshauses am Alexanderplatz eine öffentliche Kundgebung zur Schulpolitik: „Volkserziehung oder Kirchendienst? Konkordats- oder Kulturpolitik? Gegen die Gesinnungsknechtung!" statt. Redner: Johannes Tews, Landgerichtsrat Dr. Danziger (M.d.R.), Toni Pfülf, Pfarrer Bleier, Emmy Schumacher, Studienrat Dr. M. Müller, Lehrer Hermann Kölling, Prof. Paul Oestreich.

Ein Flugzeug ins Meer gestürzt. Ein Postflugzeug, das den Dienst zwischen Alicante und Oran versieht, ist infolge eines Motorschadens bei Cartagena ins Meer gestürzt. Nach dreistündigem Treiben des Flugzeuges auf dem Wasser wurden die beiden Flieger sowie die gesamte Post von einem englischen Dampfer aufgenommen.

Ueberfall der Riffkabylen auf ein Kabelschiff. Nach einer Meldung aus Gibraltar ist ein englisches Schiff, das zwischen Ceuta und Tanger das defekt gewordene Kabel reparierte, von den Marokkanern angegriffen worden. Die Mannschaft erwiderte das Feuer, bis ein spanisches Kanonenboot eintraf, das durch Abfeuerung einiger Granaten die Riffkabylen zum Rückzug zwang.

Eine Epidemie in Chikago. In den letzten 9 Tagen sind in Chikago 200 Personen an den Folgen einer epidemischen Krankheit gestorben, deren Natur die Aerzte bisher nicht festzustellen vermochten. Nach den bisherigen Erfahrungen entwickelt sich die neue Krankheit sehr schnell zu einer schweren Lungenentzündung. Die Epidemie scheint sich noch weiterhin auszudehnen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

21. Abt. Die Genossen treffen sich zur Konsumagitation Sonntag früh 8½ Uhr bei Kroll, Utrechter Str. 21.
62. Abt. Sonntag vormittag 9 Uhr Handzettelverbreitung. Alle Genossen nehmen daran teil. Die Bezirksführer holen die Handzettel am Sonnabend von Wiersdorff ab.
79. Abt. Schöneberg. Zu der am Sonntag, den 15. März, stattfindenden Konsumgenossenschaftswahl haben alle Helfer um 8½ Uhr im Lokal Groß, Ebersstr. 17, zu erscheinen. Die Vorstandssitzung am Dienstag fällt aus. Näheres wird noch bekanntgegeben.
Jungsozialisten. Für die Fahrt nach Potsdam Rodelschlitten mitbringen.

Jugendveranstaltungen.

Achtung, Abteilungsleiter! Heute, Sonnabend, den 14. d. M., abends pünktlich 7½ Uhr, **Vorsitzenden-Konferenz** im Jugendheim Lindenstr. 3. Tagesordnung: Vortrag: „Jugend, bayerisches Konkordat und Kulturpolitik." Referent Genosse Fritz Schmidt. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Alle Musiker

(außer Mandolinen) treffen sich Sonnabend, den 14. März, abends 8 Uhr pünktlich, im Jugendheim Lindenstr. 3 (Diskutierzimmer).

Heute, Sonnabend, den 14. März, abends 7½ Uhr:

Schöneberg I: Chorabend 8 Uhr bei Rosenthal. Erscheinen aller ist Pflicht. — **Norden I:** 8 Uhr wichtige Funktionärsitzung bei Hensel, Prenzlauer Allee 7. Erscheinen aller Helfer und der an der Gruppenarbeit Interessierten ist Pflicht.

Morgen Sonntag, den 15. März:

Prenzlauer Vorstadt: Wanderung Blumenthal. Treffpunkt ½6 Uhr Normaluhr Danziger Straße, Ecke Pappelallee. — **Rosenthaler Vorstadt:** Besuch der Gräber im Friedrichshain. Treffpunkt 9½ Uhr Rosenthaler Platz. — **Stralauer Viertel:** Schule Koppenstr. 3, abends 7 Uhr, Revolutionsfeier. — **Südost (Görlitzer Viertel):** Wanderung Briesetang. Treffpunkt ½7 Uhr Schlesisches Tor, Normaluhr. — **Südwest:** Vormittags 9 Uhr im Jugendheim Volksbanzählung für die Jugendfeier. — **Falkenberg-Alt-Glienicke:** Führung durch das Museum für Meereskunde. Treffpunkt ½9 Uhr Bhf. Grünau. — **Köpenick:** Jugendheim Grünauer Str. 5, Gedenkfeier zur Märzrevolution (nachmittags). — **Neukölln** Besuch der Gräber im Friedrichshain. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr Historische Litfaßsäule. — **Schöneberg I:** Feier zum Gedächtnis der Märzgefallenen. Treffpunkt nachmittags 3 Uhr Rudolf-Wilde-Platz (Rathaus). — **Neukölln V:** Beteiligung an der Treffahrt des Werbebezirks. Treffpunkt 7 Uhr Bhf. Neukölln.

Werbebezirk Neukölln: Treffahrt sämtlicher Abteilungen nach dem Müggelsee. Treffpunkt auf der Wiese um 12 Uhr an der Südspitze.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Abends 7½ Uhr im Jugendheim Danziger Straße 62 (Baracken). Vortrag: „Einführung in die Kunst".

Werbebezirk Reinickendorf: Abends 8 Uhr im Jugendheim Reinickendorf-Ost, „Gerda", Residenzstr. 46, Karl-Marx-Feier.

Abteilung Niederschöneweide: Abends 7 Uhr im Jugendheim Oberschöneweide, Laufener Str. 2. Heiterer Abend. Musik, Lautengesang, Rezitationen, Aufführung eines lustigen Glaßbrenner-Gesprächs. Eintritt frei.

Montag, den 16. März, abends 7 Uhr, **Chorübungsabend** im Jugendheim Lindenstr. 3, für Burschen und Mädel. **Es müssen mehr Mädel erscheinen!**

Sport.

Absage der Olympia-Radrennen. Wegen der ungünstigen Witterung müssen die Radrennen am kommenden Sonntag auf der Olympia-Radrennbahn ausfallen. Der nächste Renntag findet am 29. März statt, wo voraussichtlich 10 Dauerfahrer starten. Bis jetzt sind verpflichtet: Wegmann hinter Weinhold, Krupkat hinter Geppert, Dickentmann hinter Schubert, Thomas hinter Hüttenrauch und der Franzose Catudal, ein sehr guter französischer Dauerfahrer, hinter Rato.

Gewerkschaftsbewegung

Nach dem Schiedsspruch.

Wie uns vom Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes mitgeteilt wird, werden die Organisationen der Eisenbahner vor Ablauf der festgesetzten Frist zu dem gestern gefällten Schiedsspruch Stellung nehmen. Der Beirat des DEV., der sich aus den Organisationsvertretern des Reichs zusammensetzt, wird am Montag seine Entscheidung fällen. Eine frühere Zusammenberufung des Beirats ist schon deshalb nicht möglich, weil vorher die Lokalorganisationen zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen und ihre Vertreter im Beirat entsprechend instruieren. Die Funktionäre der Reichsbahndirektion Berlin fassen morgen ihren Beschluß. Bis zur Entscheidung des Beirats tritt keine Aenderung in der Streiklage ein. Es findet weder eine Wiederaufnahme der Arbeit noch eine Erweiterung des Streiks statt. Ueber die eventuelle Wiederaufnahme der Arbeit oder die Erweiterung des Streiks entscheiden allein die Eisenbahner durch ihre Organisationsvertreter. Alle anderen „Parolen", von welcher Seite sie auch kommen mögen, sind für die Eisenbahner nicht maßgebend und dementsprechend abzulehnen.

•

Zu dem Schiedsspruch selbst ist ergänzend zu bemerken, daß er sowohl von den Vertretern der Arbeitnehmer, als auch der Arbeitgeber abgelehnt worden ist und vom Vorsitzenden allein formuliert wurde. Im Absatz III Ziffer 3 muß es, wie übrigens aus dem vorhergehenden Satz hervorgeht, heißen: „Mit Wirkung ab 15. März 1925 werden die Grundlöhne der Höchstaltersstufen um 3 Pf. erhöht".

Daß der Schiedsspruch in jeder Hinsicht unbefriedigend ist, haben wir bereits in unserer heutigen Morgenausgabe betont. Die Vertreter der Eisenbahner haben sowohl in den Verhandlungen am Donnerstag als auch in den Verhandlungen vor dem Schiedsgericht an der Forderung einer Lohnerhöhung von mindestens 6 Pf. und der Wiederherstellung des Achtstundentages mit allem Nachdruck und aller Energie festgehalten. Die gegenteiligen Behauptungen, die von kommunistischer Seite ausgestreut werden, sind, wie immer, unwahr.

In dem Schiedsspruch wird wohl die Einsetzung einer Kommission zur Neuregelung der Arbeitszeit bis spätestens in der zweiten Hälfte des April vorgesehen. Diese an sich ungenügende Konzession gegenüber der Forderung auf Wiederherstellung des Achtstundentages wird noch vermindert durch den Zusatz, daß Verkürzungen der Dienstdauer unter dem Gesichtswinkel der Rentabilität der Reichsbahn zu prüfen seien. Nun kann man zwar für alle Werkstättenarbeiter ohne weiteres den Nachweis liefern, daß bei der Wiedereinführung des Achtstundentages die Rentabilität des Betriebes sich nicht verringert, ja zweifellos noch erhöht. Anders liegen die Verhältnisse bei den Eisenbahnern, die den Dienstdauervorschriften unterstellt sind. Da bedeutet die Verkürzung der Arbeitszeit eine Vermehrung der Ausgaben. Aber die Rentabilität der Reichsbahn würde durch diese vermehrten Ausgaben gewiß nicht in Frage gestellt, und darauf kommt es schließlich an. Schreibt doch sogar die schwerindustrielle „Deutsche Allgemeine Zeitung":

„Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß bei prinzipieller Aufrechterhaltung der bestehenden Arbeitszeit eine Milderung gewisser Härten sehr wohl angebracht ist, und hoffen, daß es dem vorgesehenen Prüfungsausschuß gelingen möge, die wichtigsten Differenzen rasch beizulegen. Wir nehmen an, daß dieser Ausschuß paritätisch unter dem Vorsitz eines unparteiischen Sachverständigen zusammengesetzt werden wird, wie dies auch in ähnlichen Streitfällen in der Industrie vorgesehen ist. ... Auch wenn man das weitgehende Verständnis für die Schwierigkeiten der Reichsbahn hat, muß man fordern, daß manche Mißgriffe, wie sie leider in der Behandlung der Gewerkschaften vorgekommen sind, in Zukunft unterbleiben. Die sozialpolitische Einstellung großer deutscher Unternehmer, zu denen doch die Reichsbahn jetzt auch rechnen will, ist für sie gerade im Interesse einer rentablen Betriebsführung durchaus angebracht; das Wort, das in den Verhandlungen im Arbeitsministerium von Gewerkschaftsseite fiel: „So etwas hätte ein Stinnes nicht gemacht!" gibt gewiß zu denken.

Es ist sehr bezeichnend, daß in der gesamten bürgerlichen Presse sich auch nicht ein einziger Verteidiger der Hauptverwaltung der Reichsbahn gefunden hat. Ihre verschwenderische Großzügigkeit bei der Festsetzung der Zulagen der leitenden Beamten und der Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrats, ihre offene Hand bei der Verteilung von sogenannten Leistungsprämien insbesondere für höhere Verwaltungsbeamte und ihre verbissene Ablehnung der so bescheidenen Pfennigforderungen der Eisenbahner hat den Unwillen selbst rechtsstehender Kreise hervorgerufen. In der Frage der Arbeitszeit nun gar hat die Hauptverwaltung der Reichsbahn einen derartig rückständigen, allen Erfahrungen und Tatsachen gegenüber sich verschließenden Standpunkt eingenommen, der verbitternd wirken mußte. Ob die Hauptverwaltung der Reichsbahn aus dem Verlauf des Kampfes etwas gelernt hat, erscheint zweifelhaft. Sie wird jedenfalls aber umlernen müssen, wenn der Betrieb der Reichsbahn nicht fortgesetzt den schwersten Erschütterungen unterworfen sein soll.

•

Achtung, Eisenbahner! Am morgigen Sonntag 9 Uhr vormittags findet im Schweizergarten, Am Friedrichshain, eine öffentliche Versammlung sämtlicher im Streik stehenden Eisenbahner statt. Wir ersuchen die Kollegen, frühzeitig zu erscheinen. Ohne Streikkarte kein Zutritt.

Die Streikleitung.

Der Streik der Tapezierer.

In der Vertrauensmännerversammlung der streikenden Tapezierer am Freitag gab Müller den Situationsbericht. Der schon in den ersten Tagen voll zur Geltung kommende Streik hat den Unternehmern gezeigt, daß sie ihre Scharfmacherei nicht in alle Zeiten fortsetzen können. Die Mitteilung, daß sich die Unternehmer mit dem Gedanken tragen, eine Generalaussperrung vorzunehmen, löste in der Versammlung große Heiterkeit aus. Es gibt nämlich nichts mehr auszusperren und die Streikenden würden gern die Kollegen kennen lernen, die noch arbeiten. Eine größere Zahl von Arbeitgebern haben schon an die Streikleitung die Nachricht gelangen lassen, daß sie bereit sind, die Forderungen zu bewilligen. Diesem Wunsch konnte jedoch nicht entsprochen werden, da die Unternehmerorganisationen bisher immer noch allgemeine Verhandlungen abgelehnt haben.

Die Versammlung zeigte den einmütigen Willen, allen Versuchen, die geschlossene Front der Streikenden zu durchbrechen, den stärksten Widerstand entgegenzusetzen. Nach den Berichten der Vertrauensleute reisen täglich viele streikende Tapezierer in die Provinz ab. Es besteht daher die Möglichkeit, daß bei Beendigung des Streiks in Berlin ein fühlbarer Handwerkermangel eintreten wird. Die Streikleitung bittet arbeiterfreundliche Blätter in der Provinz auf den Streik in Berlin aufmerksam zu machen, damit Streikarbeit vermieden wird.

Tarifabschluß im Karosseriegewerbe.

Für die in den Karosserie- und Wagenbaubetrieben Beschäftigten ist ein neuer Manteltarifvertrag abgeschlossen worden. Die Unternehmer drängten darauf, daß die Bestimmungen eines Schiedsspruches vom vorigen Frühjahr in den Manteltarif aufgenommen werden, nach denen bei den bekannten „wirtschaftlichen Notwendigkeiten" die Verlängerung der Arbeitszeit vom Unternehmer angeordnet werden kann. Den Organisationsvertretern gelang es, die Absichten der Unternehmer abzuwehren. Festgelegt wurde nur die 48stündige Arbeitszeit. Die Ueberstunden müssen mit 10 bzw. 25 Proz. Zuschlag bezahlt werden. Geändert ist auch die Bestimmung in dem alten Tarifvertrag, die von dem Zustimmungsrecht des Betriebsrates bei verlangten Ueberstunden spricht. Er hat nunmehr nur noch ein Mitwirkungsrecht.

Der neue Tarif stellt das Ergebnis von mehreren Verhandlungen dar. Die Unternehmer hatten den alten Tarifvertrag in der Absicht gekündigt, weitgehende Verschlechterungen vorzunehmen. Das ist ihnen nicht gelungen. Eine Vollversammlung der Karosseriearbeiter nahm den neuen Manteltarifvertrag gegen eine starke Minderheit an.

Amsterdam—Moskau.

(IGB) Die Moskauer „Prawda", und im Anschluß daran die übrige kommunistische Presse, veröffentlichen Beschlüsse des Generalrats der englischen Gewerkschaften bezüglich der Frage Amsterdam—Moskau. Wie der Generalrat auf Anfrage dem IGB. mitteilt, treffen diese Mitteilungen nicht in allen Einzelheiten zu.

Im übrigen wird der IGB. die Antwort des britischen Gewerkschaftskongresses abwarten und zunächst darauf verzichten, die in den kommunistischen Blättern enthaltenen Unrichtigkeiten und Verdrehungen richtig zu stellen und auf die Beschimpfungen zu antworten.

Theater der Woche.

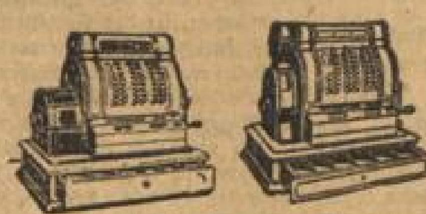
Vom 15. bis 23. März 1925.

Volksbühne: 15. Schneider Wibbel. 16., 21. und 23. Schluck und Jau. 17., 18., 20. und 22. Gesell am Horizont. 19. Wer weint um Juckenack. — **Opernhaus:** 15. und 22. Aida. 16. Fliegender Holländer. 17. Carmen. 18. Salome. 19. Rose vom Liebesgarten. 20. Tristan. 21. La Traviata. 23. Mona Lisa. — **Oper am Königsplatz:** 15. Fledermaus. 16. Mona Lisa. 17. Cosi fan tutte. 18. Barbier von Sevilla. 19. Zar und Zimmermann. 20. Freischütz. 21. Bohème. 22. Tiefland. 23. Tosca. — **Schauspielhaus:** 15. und 22. Prinz von Homburg. 16. und 21. Peer Gynt. 17. und 23. Kandida. 18. und 20. Konzert. 19. Wallensteins Tod. — **Schiller-Theater:** 15., 18., 20. und 22. Napoleon. 16. Minna von Barnhelm. 17., 19. und 23. Von morgens bis Mitternacht. 21. Fuhrmann Henschel. — **Deutsches Theater:** 16., 17., 19., 21. und 23. Die heilige Johanna. 15., 20. und 22. Die Kameliendame. — **Kammerspiele:** 16., 18., 20. und 22. Die Stützen der Gesellschaft. 17., 19., 21. und 23. Sechs Personen suchen einen Autor. — **Die Komödie:** 16., 18., 20. und 22. Der Diener zweier Herren. 17., 19., 21. und 23. Der Kampus. — **Lessing-Theater:** Das Märchen. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Wir sollen uns scheiden. — **Deutsches Opernhaus:** 15. und 18. Orpheus in der Unterwelt. 16. Boccaccio. 17. Zar und Zimmermann. 19. Siegfried. 20. Wenn ich König wär' . . .! 21. Lohengrin. 22. Die Fledermaus. 23. Der fliegende Holländer. — **Großes Schauspielhaus:** An alle . . .! — **Theater des Westens:** Der Graf von Cagliostro. — **Renaissance-Theater:** Herbstliche Geigen. — **Die Tribüne:** Ueberfahrt. — **Deutsches Künstler-Theater:** Ninette. — **Komödienhaus:** Heimliche Brautfahrt. — **Berliner Theater:** Annaliese von Dessau. — **Trianon-Theater:** Yoshiwara. — **Residenz-Theater:** Der Stärkere. — **Zentral-Theater:** Die versunkene Glocke. — **Theater in der Kommandantenstraße:** Uschi. — **Komische Oper:** Das hat die Welt noch nicht gesehn! — **Lustspielhaus:** Der wahre Jakob. — **Metropol-Theater:** Gräfin Mariza. — **Operettenhaus:** Der blonde Traum. — **Thalia-Theater:** Das Dreimäderlhaus. — **Theater am Kurfürstendamm:** 15. bis 19. Mamsell Nitouche. Ab 20. Phi-Phi. — **Kleines Theater:** Die Großfürstin und der Zimmerkellner. — **Wallner-Theater:** Romeo und Julia. — **Goethe-Bühne:** Gastspiel Ferdinand Bonn: Narziß. — **Walhalla-Theater:** Variete-Vorstellung. — **Rose-Theater:** Berlin, wie es weint und lacht. Am 22. Graupenmüller. — **Kasino-Theater:** Der Oberschieber. — **Intimes Theater:** Gastspiel des Herrnfeld-Theaters: Wer ist der Vater? — **Schloßpark-Theater Steglitz:** 15. und 16. Die Dollarprinzessin. Ab 17. Drei alte Schachteln. — **Theater im Admiralspalast:** Noch und Noch! — **Apollo-Theater:** Die Nächte von Paris.

Nachmittagsvorstellungen. **Volksbühne:** 15. Sakuntala. 22. Wer weint um Juckenack. — **Schiller-Theater:** 15. Journalisten. 22. Faust I. — **Deutsches Theater:** 22. Alt-Heidelberg. — **Kammerspiele:** 22. Der Raub der Sabinerinnen. — **Die Komödie:** 22. Die Büchse der Pandora. — **Lessing-Theater:** 15. und 21. Minna von Barnhelm. 22. Hofmanns Töchter. — **Deutsches Opernhaus:** 15. und 22. Vorstellung für die höheren Schulen: Figaros Hochzeit. — **Großes Schauspielhaus:** 15. und 22. Der Zigeunerbaron. — **Theater des Westens:** 15. Der Evangelimann. — **Zentral-Theater:** 15. Der G'wissenswurm. 22. Moral. — **Theater in der Kommandantenstraße:** 15. und 22. Die Frau ohne Kuß. — **Theater am Kurfürstendamm:** 15. Dr. Stieglitz. — **Kleines Theater:** 21. und 22. Hänsel und Gretel. — **Rose-Theater:** 21. 101 Nacht. — **Schloßpark-Theater Steglitz:** 22. Schneeweißchen und Rosenrot.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: R. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
— Fernsprecher: Norden 1198 —
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 — Tel. Pfalzburg 9831
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen · Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen · Preiswerte, gediegene Arbeit



Unsere Geschäftsräume befinden sich jetzt

Berlin W. 9.
Krupp Registrier Kassen
GESELLSCHAFT M.B.H. STAMMHAUS FRIED. KRUPP A.G. ESSEN

Korbmöbel

Eigene Herstellung in gediegenen Ausführungen kauft Sie bei gr. Auswahl vorteilhaft u. billig im Spezial-Korbmöbelhaus
Edmund Voß
Neukölln, Berliner Str. 14
Nähe Hermannplatz
Fernspr. Neukölln 2364. Zahlungserleichterung

Graue Haare
erhalten ursprüngliche Farbe u. natürl. Jugendglanz durch uns.
Haarfarbewiederhersteller
„Youpla"
Pl. M. 4.00
Ueberall erhältlich.
Nur eine Flüssigkeit. Frei von allen schädlichen Bestandteilen
Kopp & Joseph, Parfümeriefabrik Berlin W. 37

HOLZHÄUSER

von 500 Mk. an. Schuppen, Hallen, Garagen etc. liefert preiswert kurzfristig
Holzhausbau Littmann
N 54, Lothringerstraße 51-53

Der **gute Kapitän-Kautabak** ist in den meisten Zigarrengeschäften erhältlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 12. Kgst. 3861

Zähne 1 u. 2 G.-M. auf Teilzahlung
gestattet b. kl. Anzahl. u. wöchentl. Abzahlung von 1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatzkronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v. 3 G.-M. an. Zahnz. mit Betäub. 1 G.-M., b. Bestellg. von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis. 5 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.
Hatvani, Danziger Strasse 1, Ecke Schönhauser Allee
Vorzeiger 10% Rabatt.

Bären-Stiefel

unverwüstliche wasserdichte Strapazier-Stiefel für Straße u. Sport

Hans Bähr, Spittelmarkt 7 (vor der Brücke)

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" und **billig!**

Gelegenheit
Reste f. Wintermäntel u. Kostüme: Sealplüsch, Samt, Krimmer.
Futterseiden u. Halbseiden bedeutend unter Preis.
Haarpuder, Goltzstr. 2
(Grunewaldstraße)

A. Beheim - Schwarzbachs Kaufmännische Privatzirkel
(Inh. F. Egert)
Neukölln, Anmeldung, Ganghoferstr. 1 und Berliner Str. 82 (Privatwohnung)
Beginn neuer ½-Jahres- und ¼-Jahreslehrgänge — Fernspr.: Neukölln 1063

Zähne v. 2 Mk. an vorzüglich. Reparatur 3 Stunden. Kronen von 8 M. an. Stiftzähne. Reinigen. Zahnziehen mit Betäubung. Schonendes Plombieren von 2 M. an. Günstige Zahlungsbedingungen. Garantie.
M. Müller, 17 Ritterstraße 17, an der Prinzenstraße